



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Presseinformation für die Woche vom 4.-8. Oktober 2010

Berlin, 1. Oktober 2010
Redaktion: Johannes Nehlsen

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 582

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz (Montag, 4. Oktober)

Im Haushaltsausschuss findet eine öffentliche Anhörung zum Entwurf des **Haushaltsbegleitgesetzes** 2011 statt. Auf der Tagesordnung steht die Befragung von Sachverständigen zu folgenden Themen:

- Auswirkungen des Entwurfs auf die Schuldenbremse des Grundgesetzes
- Ausgabenseitig wirkende Maßnahmen wie Absenkung des Elterngelds, Anrechnung auf ALG II, Wegfall befristeter Zuschlag bei ALG II und Wegfall Rentenversicherungspflicht bei ALG II
- Luftverkehrssteuer
- Änderungen Energie- und Stromsteuergesetz

Vermittlungsausschuss (Dienstag, 5. Oktober)

Im Vermittlungsausschuss geht es erneut um die **BAföG-Erhöhung**. Die Länder bestehen darauf, dass der Bund einen größeren Anteil der Kosten übernimmt als bisher. Der Bund hat in der Vergangenheit schon zahlreiche bildungspolitische Maßnahmen finanziert (Ganztagsschulprogramm, Hochschulpakt, Exzellenzinitiative, Stipendienprogramm). Deshalb will der Bund nicht auch noch beim BAföG den Ländern Zugeständnisse machen.

Darüber hinaus steht erneut die Frage der **Kosten der Unterkunft (SGB II)** zur Debatte. Hierbei streiten sich Bund und Länder um die Aufteilung der Kosten. Prognosen bestätigen, dass die Kosten für die Kommunen für KdU in 2011 gegenüber 2010 nicht mehr ansteigen, unter günstigen Bedingungen voraussichtlich sogar leicht sinken, während der Anteil des Bundes sich erhöht. Der Bund sieht also keinen Grund, die bewährte Berechnungsgrundlage zugunsten der Kommunen zu ändern.



Jahressteuergesetz im Finanzausschuss (Mittwoch, 6. Oktober)

Am kommenden Mittwoch wird das Jahressteuergesetz 2010 beraten. Gegenstand der Änderungen sind u. a. die **Wiedereinführung der steuerlichen Absetzbarkeit des Arbeitszimmers**, die Verhinderung des grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrugs, die Möglichkeit der Verlagerung der elektronischen Buchführung ins Ausland sowie **die Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht** sowie bei der Grunderwerbsteuer. Aufgrund einer aktuellen Rechtsprechungsänderung des Bundesfinanzhofs hat sich außerdem die Notwendigkeit einer Regelung zur Besteuerung von durch das Finanzamt geleisteten Erstattungsziinsen ergeben.

Anhörung zum Restrukturierungsgesetz (Mittwoch, 6. Oktober)

Am 6. Oktober findet eine öffentliche Anhörung zum Restrukturierungsgesetz statt, das am 29. Oktober beschlossen werden soll. Kernelemente sind das geplante Sanierungs- und Reorganisationsverfahren bei in Schwierigkeiten geratenen Kreditinstituten. Um solche Maßnahmen zur Abwendung von Systemgefährdungen in Zukunft finanzieren zu können, wird ein **Restrukturierungsfonds** eingerichtet, in den alle Kreditinstitute mit Sitz in Deutschland Jahresbeiträge zahlen werden. Die Höhe der Sonderabgabe wird sich nach dem jeweiligen Geschäftsvolumen, der Größe und der Vernetzung des beitragspflichtigen Instituts im Finanzmarkt richten.